

Studentenwohnraum sofort schaffen!

Die Junge Union Berlin fordert, dass 12 der 25 neu geplanten MUF (modulare Unterkünfte) ausschließlich als Studentenwohnheime verwendet werden.

Begründung: 5000 neue Wohnplätze für Studenten wurden im Jahr 2013 angekündigt. Bis heute sind nur wenige hundert der geplanten Wohnungen entstanden. Doch der Bedarf ist groß. Mehr und mehr Studenten kommen nach Berlin um hier zu studieren. Doch immer weniger können sich die Mieten leisten und sind auf eine Kombination aus BAföG, Zuschüssen von den Eltern, Minijob oder Tätigkeiten als Werksstudent angewiesen. Der Bedarf an Wohnraum für Studenten und Auszubildende ist hoch. Jedoch sinkt die Anzahl der Baugenehmigungen für Wohnraum unter der linken Senatorin Lompscher immer weiter.

In Berlin sollen 25 neue MUF, sogenannte modulare Unterkünfte, entstehen. Zu Beginn sollten die neu gebauten MUF ausschließlich für Flüchtlinge sein. Dazu sagte die Senatorin für Integration Elke Breitenbach: „Damit schaffen wir ausschließlich Wohnungen für Geflüchtete. Wo es möglich ist, werden wir aber gemeinsam mit den Bezirken Konzepte entwickeln, um sofort bezahlbaren Wohnraum für alle anbieten zu können. Andere der modularen Bauten werden dann später zu günstigen Mieten weiteren Wohnungssuchenden offenstehen.“ (Internetseite der Senatsverwaltung, Link unter <https://www.berlin.de/sen/finanzen/presse/nachrichten/artikel.688079.php>).

Eine Priorisierung des Wohnraumes für Flüchtlinge darf nicht zu Lasten des akuten Wohnungsbedarfs der Studenten erfolgen. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Mit der Verwendung von 12 der 25 geplanten und bis 2021 errichteten Wohnräume für Studenten könnte die Situation teilweise entschärft werden. Der Senat rechnet vor, dass bis zu 500 Menschen in einer MUF unterkommen können. Das vom Senat gesetzte Ziel mit 5000 neuen Studentenwohnungen kann somit zeitnah umgesetzt werden. Ohnehin sollen MUF in naher Zukunft als Studentenwohnraum genutzt werden. Landeseigene Wohnungsbauunternehmen sollten hier Vorbilder für günstige Mieten und sozialverträglichen Wohnraum sein.

Taten statt Phrasen: Wir sehen den Senat in der Pflicht, sein Versprechen für mehr Studentenwohnungen zu halten und endlich Lösungen aufzuzeigen!